

Ein neuer Stern am Parteien-Himmel

Partei der Rentner in Tübingen gegründet

Am 6. September 2023 ist es geschehen: In Tübingen hat sich eine neue Partei gegründet, die bundesweit antritt. Eine Partei für Gerechtigkeit und Gleichheit, aber gegen Altersarmut und Verschwendung.

Immer mehr BürgerInnen sind unzufrieden und fühlen sich weder von den Parteien, noch vom Staat vertreten.

Steigenden Mieten und Stromkosten, hohe Inflation, hohe Lebenshaltungskosten, Wohlstandsverlust, daraus resultierende Zukunftsängste und dergleichen mehr belasten die Menschen.

Tatsache ist: Trotz staatlicher Hilfe kommen viele Menschen finanziell nicht mehr über die Runden, denn es reicht bei Weitem nicht, die allseits gestiegenen Kosten auszugleichen. Die Armut nimmt zu, was zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führt. Die Tafeln sind überlaufen, weil

immer mehr Bedarf entsteht und gleichzeitig sind sie chronisch unterfinanziert!

Gerne gibt unser Staat für die unterschiedlichsten Zwecke und Gruppierungen unsere Steuergelder aus. Für Alle ist Geld da – nur eine Gruppe wird immer wieder vergessen – die Rentner!

Wir haben nun eine neue Partei gegründet. Nicht rechts, nicht links, nicht ausschließend, sondern inkludierend – eine Partei der Mitte. Sie soll ein Sprachrohr all derer sein, die mit ihrer Schaffenskraft über Jahrzehnte dazu beigetragen haben, Deutschland zu einem wohlhabenden, demokratischen Staat zu machen. Wir werden die Belange, Nöte und Ängste der RentnerInnen annehmen, ernst nehmen und werden gegen die Ungerechtigkeiten und Willkür des Rentensystems vorgehen.



Unser Wahlspruch ist:

Es reicht! Wir wollen mitbestimmen – es geht auch um unsere Zukunft!



Die Partei der Rentner

Unsere Kernforderungen in Kürze

– Vereinfachung und Stabilisierung des Rentensystem –

Wir fordern:

1. Eine monatliche Mindestrente von 1.250,00 € netto für alle RentnerInnen
Voraussetzung: Wer 50 Jahre in Deutschland gelebt hat und hier auch gemeldet ist, erhält diese Summe.

Warum?

Es gilt, die Lebensleistung der RentnerInnen wertzuschätzen. Altersarmut darf in unserer Gesellschaft kein Thema mehr sein. Ein gerechter Generationenvertrag muss her, mit dem alle Beteiligten gut leben können. Das Mehr an Einkommen fließt direkt in den Wirtschaftskreislauf, zudem setzt dies Stellen in der Verwaltung frei.

Dieses System wird bereits seit einigen Jahren in anderen Ländern angewandt, z.B. in den Niederlanden

2. Rentner, die nach der Verrentung weiter arbeiten, sollen auf ihren Verdienst keine Steuern bezahlen

Warum?

Auch nach der Rente weiterzuarbeiten muss sich finanziell positiv bemerkbar machen. Überdies wird so der Fachkräftemangel entschärft, Firmen erhalten erfahrene und bewährte Mitarbeiter.

3. Einen jährlichen steuerlichen Grundfreibetrag für alle BürgerInnen von 15.000 €

Warum?

Eine deutliche Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags stellt eine Entlastung für alle BürgerInnen da. Auch hier ist davon auszugehen, dass sich das allgemeine Konsumklima verbessert und somit die Wirtschaft wächst.

4. Alle Erwerbstätigen, auch Beamte, Selbständige und Politiker, müssen in die Rentenversicherung einzahlen

Warum?

Es darf nicht weiterhin mit zweierlei Maß gemessen werden. Eine gemeinsame Rentenkasse, die von allen gespeist wird, ist unabdingbar wichtig für die dringend notwendige Rentengerechtigkeit!

5. Mehr Volksabstimmungen auf allen politischen Ebenen

Warum?

Damit die BürgerInnen am politischen Diskurs demokratisch direkt mitwirken können. So kann verhindert werden, dass kleine, ideologisch geprägte Gruppen anderen ihre Vorstellungen aufzwingen.

Sie möchten weitere Informationen zur Partei und zum Programm?

Dann kontaktieren Sie die Partei der Rentner!

E-Mail: partei-der-rentner@gmx.de • www.partei-der-rentner.de

Partei der Rentner, Schlossgartenstraße 4, 72072 Tübingen

Telefon: 0162/2 80 81 30

Wir suchen noch Mitstreiter.

GEMEINSAM SIND WIR STARK !!!

Vieles deutet darauf hin, dass sich die soziale Spaltung in Deutschland vertieft hat.

Laut Böckler-Stiftung, als deren Vorstandsvorsitzende DGB-Chefin Yasmin Fahimi firmiert, leben im

Jahr 2022 rund 17 Prozent der Menschen in Deutschland in Armut, 10 Prozent sogar in strenger Armut.

Unverschämt

Habe gerade gelesen, dass 2024 nur eine Rentenerhöhung von 3,5 % geplant sei – vorher wurde davon gesprochen zwischen 5–7 % – was soll das?

Die Gewerkschaften kann man in den Skat drücken, denn diese haben nichts damals unternommen wo das Rentenalter auf 67 Jahre festgelegt wurde – denn dies hat im weitesten Sinne auch was mit der Arbeit zu tun. Es wäre jetzt an der Zeit, dass die Gewerkschaften ins Boot mitgenommen werden und das die Rentenerhöhung höher ausfällt, denn viele Berufsgruppen

haben 8–10 Prozent mehr Geld bekommen und die Rentner will man wieder mit 3,5 % abspesen, was erneut unter der Inflationsrate liegt. Mit 1000,00 € Rente lebe ich am Existenzminimum ... und das für 41 Jahre Arbeit.

Es sollte endlich ein Aufruf an alle Rentner gestartet werden, um vielen Politikern – wie Scholz, Baerbock und Habeck das Vertrauen zu entziehen, denn diese Personen kennen scheinbar keine Verantwortung, sondern schaden der Bevölkerung.

Agnes G.

Ich bin begeistert

Ich bin seit einem guten Jahr in Rente und mit der kompletten "Rentnersituation" nicht zufrieden.

Es gibt, bis dato heute, anscheinend keine politische Partei, die sich mit der Situation der Rentner auseinandersetzen will. (Ich hoffe, das ändert sich jetzt)

Man kann es fast schon als Armutszeugnis bezeichnen, wie in Deutschland viele langjährig Beschäftigte nach dem Eintritt in die Renten plötzlich als Hilfsbedürftige dastehen.

Ich habe das Internet rauf und runter durchsucht, um Gleichgesinnte für dieses Thema zu finden. Leider

waren da bis jetzt keine verwertbaren Treffer zu verzeichnen.

Von daher bin ich absolut happy, dass ich heute erfolgreich war und in TÜ die neu gegründete Partei der Rentner gefunden habe.

Ich hoffe, dass ihr einen enormen Zulauf habt/bekommt.

Meine Mitgliedschaft geht diese Woche noch raus.

Und ... ich werde für diese Partei werben, wo immer ich auch kann.

Viele Grüße aus Heidenheim

Manfred W.

An den Vorstand der Partei der Rentner Ein dickes Danke für Ihr Engagement.

Es ist schon traurig, obwohl wir als Rentner einen Großteil der Gesellschaft stellen, werden wir bei der Anpassung der Renten immer wieder vergessen. Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, nun mit einer kleinen Rente abgespeist werden und am Rande der Gemeinschaft stehen. Das muss endlich aufhören, wann kommt mehr Gerechtigkeit. Für Alle und Alles ist Geld da. Erhöhung des Bürgergeldes, für Migranten, Mindestlohn steigt, für Kindersicherung, für Studenten, usw. Aber an die Rentner denkt die Regierung nicht, obwohl mittlerweile über 5.000.000 Rentner an der Armutsgrenze leben. Davon alleine 2.700.000 Frauen, die laut Rentenversicherung mehr als 40 Jahre eingezahlt haben, aber nur eine Rente von durchschnittlich 950,00 € erhalten. Das ist eine Schande! Leider sind die Rentner eine Gruppe, die sich nur an der Wahlurne wehren kann. Deshalb müssen wir uns

organisieren. Ich spreche schon mit allen Rentnern, die ich kenne, aber auch mit denen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, aber bereits wissen, wie ungerecht ihre kleine Rente sein wird.

Übrigens: In allen Berufen werden mittlerweile höhere Gehälter bezahlt, Verdi und Eisenbahner verlangen 10 %, und Abgeordnete, Soldaten und Pensionäre erhalten sogar einen Inflationsausgleich. Was für eine Ungerechtigkeit! Begreift diese Regierung denn nicht, dass Fleisch, Wurst, Gemüse und Obst für alle den gleichen Preis beim Einkauf haben? Warum diese Benachteiligung für Rentner?

Die SPD, die mal die Partei der kleinen Leute war, ist heute nicht mehr wählbar. Aber die nächste Wahl ist ja bald. Ich wähle auf jeden Fall die Partei der Rentner!!!

Gernot P.

Rentenerhöhung 2024

Sehr geehrte Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass Ihre Parteimitglieder genau so geschockt sind wie ich von der sich für 2024 abzeichnenden Rentenerhöhung von 3,5 %!

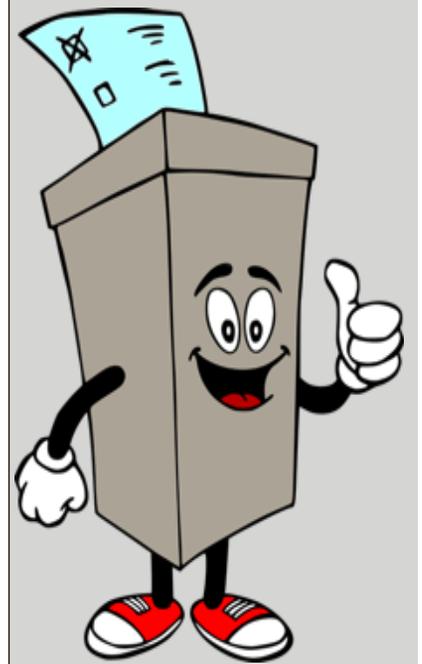
Wir Rentner hätten aber doch die Möglichkeit etwas zu tun, z.B. gegen diese Unverschämtheit mal auf die Straße zu gehen, oder haben wir Alten das verlernt?

Es geht um soziale Gerechtigkeit, die Renten sind in Deutschland viel zu niedrig. Anderen europäischen Rentnern geht es viel besser. Die Altersarmut wird hier manifestiert. Danke für nichts liebe Ampel, kann ich da nur sagen.

Die Rentner sollten die Ampel-Parteien bei allen kommenden Wahlen, ob in Land oder Bund abstrafen! Aber bitte nicht zu Gunsten der AfD!!! Da würden wir uns selbst kneifen!!! Das hatten wir ja, glaubten wir fest, überwunden.

Ich jedenfalls habe die „Faxen dicke“ und hoffe auf viele Gleichgesinnte, die sich das nicht mehr gefallen lassen und entsprechend öffentlich reagieren wollen.

Anke N.



Zum Aufbau einer Ortsgruppe und zur Gemeinde- und Kreistagswahl,
suchen wir noch Mitglieder und Mitstreiter!

Die Partei der Rentner
partei-der-rentner@gmx.de • www.partei-der-rentner.de

Als Rentner sollte man
sich am Wahltag
genau überlegen,
wen man wählt!

Ehrentag für Soldaten

Als ich letzte Woche hörte, dass die Ampel Regierung einen Ehrentag für das Engagement der ehemaligen Soldaten einführen will, musste ich laut lachen. Ich war 18 Monate beim Bund, habe im Monat nur 90,00 DM Sold bekommen, wodurch natürlich wenig in die Rentenkasse für diese Zeit eingezahlt wurde. Danach habe ich immer gearbeitet und bekomme heute gerade 1050,00 € Rente. Da frage ich, wo ist die Ehre, die ich für diese 18 Monate erhalten darf?

Also wieder so eine Schnapsidee der Regierung. Da könnte man meinen, wir werden von Amateuren ohne Bildung und Ausbildung regiert. Es dürfte doch jedem klar sein, dass eine solche Institution, eine solche

Riesenverwaltung neu aufzubauen, wieder Fachkräfte, vom Entscheidungsträger über IT-Fachleute und Schreibkräfte bis hin zum Hausmeister und Security Agenten zusätzlich Arbeitskräfte vom bereits lahmen Arbeitsmarkt absaugt. Begreift die Regierung das nicht? Stattdessen sollten ehemalige Soldaten einen finanziellen Ausgleich für ihre Bundeswehrzeit, in Form einer besseren Rentenvergütung für diese Zeit erhalten. Das wäre gerecht!

Aber da dies mit der 14 % Partei SPD nicht machbar ist, werde ich bei der nächsten Wahl PDR wählen. Ich hoffe, viele Ex-Soldaten schließen sich mir an.

Bernd S. Rottenburg

Renten in Österreich

Österreich macht keinen Unterschied zwischen Angestellten und Beamten

Die österreichischen Renten steigen zum 1.1.2024 um 9,7 Prozent in die Höhe. Grund für diesen üppigen Zuschlag: Er orientiert sich an der hohen Inflation, wie das österreichische Sozialministerium ausführt. Grundlage ist das entsprechende Pensionsgesetz.

Beide Systeme mit vielen Ähnlichkeiten

Das österreichische Rentensystem ist ähnlich wie das deutsche „umlagefinanziert“. Das bedeutet: Die Beschäftigten bezahlen mit ihren monatlichen Beiträgen die Renten der Ruheständler. Das Geld kommt also in die Rentenkasse und fließt gleich weiter auf die Bankkonten der Rentner. Neben den Beitragszahlungen gibt es noch Steuerzuschüsse vom Staat. All das gilt auch für Deutschland.

Sehr hohe Bezüge steigen weniger stark

Eine weitere Besonderheit in Österreich: Dort werden alle Altersbezüge von Ruheständlern zusammenge-

fasst, beispielsweise die sogenannte Alterspension (unsere „Rente“) und mögliche Hinterbliebenenleistungen. Die kommende Erhöhung von 9,7 Prozent gibt es nur für jene Ruheständler, die monatlich insgesamt maximal 5850 Euro an Altersleistungen beziehen. Wer mehr einstreicht, erhält pauschal „nur“ 567,45 Euro pro Monat mehr. Das bedeutet: Je höher die Altersbezüge eines Bürgers sind, desto geringer fällt sein prozentualer Zuschlag aus. Aber 567,45 Euro Monatszuschlag gibt es in jedem Fall. Das kann sich sehen lassen!

Durchschnittsrente Deutschland: $1054 \text{ €} \times 1,05125 = 1108 \text{ €} \times 12 = 13.296 \text{ Euro im Jahr 2023}$

Durchschnittsrente Österreich: $1480 \text{ €} \times 1,058 = 1565,84 \text{ €} \times 14 = 21.921,76 \text{ Euro im Jahr 2023}$

Hier muss seitens der Deutschen Regierung dringend nachgebessert werden. Es kann nicht sein, dass die Rentner den Preis für eine verkorkste Politik bezahlen!

An den Vorstand der Partei der Rentner

Ich wende mich an Sie mit einer bitteren Frage zur Rente und bitte um eine zeitnahe Auskunft.

Kurz zu mir:

Ich habe 42 Jahre in die Rente eingezahlt. 27 Jahre Pflicht versichert über die Künstlersozialkasse und 15 Jahre freiwillig den Mindestbeitrag zur Rentenversicherung eingezahlt. Zudem habe ich 18 Monate Grundwehrdienst ableisten müssen und immer meine Steuern bezahlt. Ich habe also meinen Beitrag als Staatsbürger eingebracht. Dafür erhalte ich heute lausige 500,00 € Rente. Ist das gerecht? Mit Sicherheit nicht. Besonders, wenn ich an die SPD Politiker Gabriel und Heil denke, die immer vor den Wahlen großlappig posaunt haben, dass derjenige, der in die Rente einzahlt hat, mehr Rente haben muss, als jemand, der nie eingezahlt hat. Heute weiß ich, das waren dreiste Lügen, um die naiven Wähler einzufangen. Denn Tatsache ist, dass jemand, der nie gearbeitet hat, nie in die Rentenkasse einzahlt hat, durch staatliche Hilfen heute mehr Geld zu Verfügung hat als ich. Und da stellt sich mir die Frage, warum habe ich überhaupt in die Rente eingezahlt, wofür gearbeitet??

Auch die Ukrainischen Flüchtlinge, die ja für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nichts getan haben, sind durch ihr Bürgergeld besser gestellt als ich. Die lachen mich ja aus, wenn die hören welche kleine Rente ich für mein Arbeitsleben bekomme. Das ist eine große Ungerechtigkeit und fühle mich durch diese Ungleichbehandlung diskriminiert!

Jetzt zu meiner Frage:

Wie kann ich gerichtlich gegen diese Diskriminierung und Ungleichbehandlung vorgehen und den Staat in Form eines Musterprozesses verklagen. Könnten Sie mir da hilfreich zur Seite stehen und mich beraten? Wie muss ich formgerecht vorgehen und wo die Klage einreichen? Könnten Sie mir einen kompetenten Anwalt empfehlen? Oder ist eine Sammelklage, da ja Millionen Rentner in der gleichen prekären Situation stecken wie ich, erfolgsversprechender?

Für eine zeitnahe Beantwortung meiner Fragen würde ich mich sehr freuen und werde bei der nächste Wahl die Partei der Rentner wählen!

Danke im Voraus, Reinhard R. aus Tübingen

Abschaffung der Mütterrente

Sehr geehrte Parteifreunde, Ich bin Parteimitglied ihrer Partei und wohne in Ohrdruf/Thüringen. Die Abschaffung der verdienten Mütterrente dürfen wir auf keinen Fall zulassen!

Dass das passiert müssen wir verhindern, da die Rentner in diesem Staat bisher sehr oft benachteiligt wurden.

Wer hier in meinem Umkreis ebenfalls der Partei beigetreten ist, darf sich mir gerne anschließen, um aktiv für die Rechte der Rentnerinnen und Rentner zu kämpfen.

Nur gemeinsam sind wir stark!

Carola W.

*

Letzte Rentenmeldung

Deutsche Renten steigen 2024 voraussichtlich lediglich um 3,5 Prozent. Damit liegt die Rentenerhöhung wieder unter der Inflationsrate. Das bedeutet für viele Rentner einen weiteren Schritt in Richtung Altersarmut.

*



Als Rentner sollte man sich am Wahltag genau überlegen, wen man wählt!

Zum Aufbau einer Ortsgruppe und zur Gemeinde- und Kreistagswahl, suchen wir noch Mitglieder und Mitstreiter!

Die Partei der Rentner
partei-der-rentner@gmx.de
www.partei-der-rentner.de